

Saale-Beitung.

Fünfundzigster Jahrgang.

Bezugspreis... Der Halle monatlich bei postamtlichen Zustellung 1.00 Mk. etc.

Angelogen... werden die o. g. erhalten... abends 6 Uhr... Sonntag und Montag einmal.

Nr. 18.

Halle, Mittwoch, den 12. Januar

1916.

Explosion eines Munitionslagers in Lille.

Französische Angriffe bei Le Mesnil gescheitert.

Der zweite Kriegshaushalt in Preußen.

Der preußische Etat für das Finanzjahr 1916, der in diesen Tagen im Landtage eingebracht wird, schließt, wie schon früher bekanntgegeben wurde, in Einnahmen und Ausgaben mit rund 4800 Millionen Mark ab.

Ämtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Januar. Westlicher Kriegshauplay. Nördlich von Le Mesnil in der Champagne griffen die Franzosen unsere Stellung in einer Breite von etwa 1000 Metern an.

Der türkische Heeresbericht.

WTB. Konstantinopel, 11. Januar. Der Bericht des Hauptquartiers von gestern lautet: Nur Trümmer, Beute und eine Anzahl von Leichen, aber keinen einzigen feindlichen Soldaten gibt es mehr in Seddul Bahr.

Barman verlor, mit Erfolg zurückgeschlagen. Das Feuer unserer Artillerie zerstörte einen Teil der feindlichen Gräben.

Englisches Eingekändnis des türkischen Gallipolifieges.

WTB. London, 12. Januar. General Monroe berichtet, daß die Türken am 7. Januar bei Kap Helles mit Geschütz- und Gewehrfeuer einen heftigen Angriff auf das britische Meer begannen.

Die französischen Verluste an den Dardanellen.

Sommerzeitliche Wälder werden aus Paris: Die Verluste der französischen Armee auf Gallipoli werden in der Kammer mit 3/4 des gelandeten Korps angeben.



Ärterungen über den Zweierband gefasst. Es sei bei der Dauer des Krieges fast herkömmlich, daß zwischen den einzelnen Gemeinden Groß-Berlins und aus zwischen dem Zweierband und einzelnen Gemeinden Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen. Wie könne man behaupten, daß in militärischer oder politischer Beziehung die Interessen Deutschlands denen doch allein die Pressegenur dienen solle. Deutschland würden, wenn derartige Meinungsverschiedenheiten sich ereignen und ausgeföhrt würden. Der Stadtvorstandsvorsteher Mischelet habe in der letzten Sitzung der Stadtvorordneten unerschrocken seine Ansicht über die Wirksamkeit des Zweierbandes zum Ausdruck gebracht und es habe nahe gelegen, daß auch die Presse den Gegenstand weiter verfolge. Durch ein Telegramm des Oberkommandos sei aber der Presse die Fortsetzung dieser Debatte verboten worden. Die Wirkung solcher Anordnungen der Militärbehörden sei allein die, daß sie Unzufriedenheit in der Bürgererschaft erregten und dem Burgfrieden schaden, während nach außen hin irgendein Vorteil nicht geschaffen würde.

Am heutigen Vormittag legte der Ausschuß die Beratung über den

### Belagerungszustand

fort. Ein Zentrumsabgeordneter führte aus, die Regierung solle offen auftreten und Artikel, die als offizielle erkennbar seien, in die Presse geben, für die sie auch die Verantwortung übernehme. Gegenüber dem Erlaß des preussischen Ministers des Innern möchte der Redner eine abwartende Stellung einnehmen, um zu sehen, wie die Sache laufe. — Die Zensur sei aus rein militärischen Erwägungen entstanden. Die Einrichtung des Kriegspresse-Amtes habe keine Besserung gebracht. Das Kriegspresse-Amt sollte falschen Nachrichten entgegenwirken, die im Ausland absichtlich zur Verbreitung in Deutschland herangezogen werden. Ueber die großartigen Siege im Gebiet im Ausland, besonders in Amerika, eigentlich nichts bekannt geworden. Man sollte weniger zurückhaltend sein, Pressevertreter, auch ausländische, an die Front zu lassen. Nach dieser Richtung hin könnte das Kriegspresse-Amt günstig wirken. Verbote seien gegen Zeitungen aller Richtungen vorgekommen, ebenso Unterdrückungen von Tagungsbeschlüssen und Korrespondenzen. Der erste Burgfriedensbrecher sei immer im Vorteil, weil eine Abwehr nicht zugelassen werde. Der nationalliberalen Resolution (die wir bereits wiedergegeben haben) stimme das Zentrum zu; der Antrag der Sozialdemokraten, wonach Zensurverbote nur mit Zustimmung des Reichstages erlassen dürfen, habe keine Bedenken, weil er nicht durchführbar sei. Die weitestgehende Schädigung der Wähler durch Verbote sei eine gewaltige, schon darum sollte man etwas enthalten sein, um so mehr, als meist nur ein Versehen und kein böser Wille vorhanden sei. Gut wäre es, wenn die

Zensoren erst eine Inkubationszeit im Zeitungsbetriebe durchmachen. Vielleicht könnte man auch inadaele Redakteure als Zensoren anstellen.

Ein Ministerialdirektor aus dem preussischen Ministerium des Innern erklärte, daß das Oberkommando in den Marken bei Berlin allein ausübe. Der Erlaß vom 17. August 1914 war eine Kriegsmassnahme, um Verwirrung zu vermeiden. Bei dem Erlaß vom 17. Sept. 1915 liesse es dem Minister absicht sein, in unantastbarer Weise auf die Presse einzuwirken zu wollen. Er wolle offen mit dem Volke reden (?), was so tun er für seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit halte.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter legte dar, daß alles geschehen müsse, was geschehen könne, um uns in diesem Kriege zu einem Siege gelangen zu lassen. Unterdrückung der öffentlichen Meinung durch die Zensur diene nicht diesem Endziele,

im Gegenteil. Militärische Nachrichten müßten geprüft werden; in dieser Beziehung vertraue er sich selbst dem Militärs an. Die Besetzung der Zensorenposten gebe zu den schwersten Bedenken Anlaß. Der gute Wille, gepaart mit Unkenntnis und Unfähigkeit, habe viel Unheil angerichtet. Zu bedauern sei, daß durch die Maßnahmen der Zensur der Wille zum Durchhalten nicht gefördert werde. — Wenn Repressalien gegen Engländer nötig seien, so sollte man doch Engländer und nicht Deutsche treffen, wie es durch die Zensur in der Presse geschehen sei. Man sollte doch die Wirkungen solcher Maßnahmen bedenken. Als Kriegsmaßnahmen führe man, wenigstens für die Dauer des Krieges, alle Wünsche der Volksgemeinschaft durch. Bisher habe das Berliner Volksteilnahme sein Ziel, auch geschlossene Gesellschaften unter die Volksgemeinschaft zu stellen, nicht erreichen können. Jetzt sei ihm das mit Hilfe der militärischen Behörde gelungen, ebenso verhalte es sich mit dem Tanzverbot. Die völlige Aufhebung des Vereinsrechtes sei viel ernster zu beurteilen, weil diese Maßnahme verbittere und die Freundschaft, durchzuhalten, schädige.

Geleitete Arbeit vertrage nicht die Schulmeisteri von Leuten, die von den Dingen nichts verständen. Die Massenhaftigkeit der Verordnungen — es sei schon Nr. 1013 heraus — auf dem Gebiete der Presse müsse zu fortwährenden Reibungen führen. Im Interesse der Landesverteidigung und des Willens zum Durchhalten müsse dieses Zustände

ein Ende gemacht werden. Die nationalliberale Resolution würde nicht nützen. Der Redner habe nichts dagegen, wenn die Regierung in der Presse offen ihre Meinung lasse. Der öffentliche Erlaß wolle aber mehr und anderes. Die Drohung, ein Blatt unter Militärzensur stellen zu lassen, wenn es bestimmte Artikel bringe, trage jutzlich einen Charakter, aber den jeder Redakteur sich im klaren sein müsse. Sogar Werke von Goethe seien als Staatsgefährlich gestrichen worden. Es wurde verboten, im Reichstag gehaltene Reden zu verbreiten. Das sei des Parlaments nicht würdig, habe unheimlich Ansehen. In Bayern sei die Freisügigkeit der Landarbeiter durch die Militärbehörden aufgehoben worden. Eine Mitteilung darüber in dem Fachblatt „Der Landarbeiter“ wurde verboten, in anderen Blättern war sie gestattet.

Als im „Vormittag“ der sozialdemokratische Parteivorstand angegriffen wurde, habe die Emwidnung des Parteivorstandes nicht abgedruckt werden dürfen.

Die Kriegszieleingabe der sechs Verbände und eine gegen die Reichsregierung gerichtete Rede des Landtagsabgeordneten Führmann würden heute noch verbreitet, Emwidnungen darauf jedoch verboten. Wenn die Erörterung der Kriegsziele freigegeben würde, so würde zweifellos auch viel Ansehen geschrieben und geredet werden, aber der Schaden, der dadurch entstünde, sei nicht geringer zu sein als der durch die heutigen Zustände, herbeigeführt. Nicht immer im Kriege habe die deutsche Presse aller Richtungen politische Reize bewiesen, vielfach habe man erstört, wie groß der Schaden sein werde, ehe man den Haken erlegt hätte. Die Handhabung der Zensur sei schuld, wenn falsche Auffassungen über die Lage entstehen. Die öffentliche Erörterung der Kriegsziele könnte nur nach innen und außen nützen. Der Redner tadelt noch die Unterdrückung der Neuierungen der sogenannten Kassisten und schiebt damit, daß die Stimmen der Vernunft, die auf die nach dem Kriege notwendige Wiedererläuterung der Wähler im Interesse der Kultur hinweisen, sich mehrten.

Der Ministerialdirektor des Reichsamts des Innern führt aus, es sei gesagt worden, der Belagerungszustand sei überflüssig, die bestehenden Gesetze genügen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung und zum Schutz militärischer Geheimnisse. Die Regierung könne diese Auffassung nicht teilen. Nur die Zensur und der Belagerungszustand könnten verhindern, daß Mitteilungen in die Presse kommen, die schädlich sein könnten. Auch die Sicherung der Ernährung und der Rohstoffbeschaffung, sowie die Bekämpfung des Wuchers wäre ohne Belagerungszustand nicht durchführbar gewesen.

Daß Mißgriffe bei Handhabung der Zensur vorgekommen seien, solle nicht bestritten werden, die Ursache liege schon in der Schwierigkeit der Sache, und es ist und wird alles Mögliche geschehen, um Wiederholungen zu vermeiden und Besserung herbeizuföhren. Die Regierung hoffe, daß allmählich ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Presse und Zensur möglich sein werde. Die in der nationalliberalen Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen scheinen dem Ministerialdirektor nicht durchführbar, der sozialdemokratische Zusatzantrag betreffend Zensurverbote sei ganz unmöglich und undurchführbar. Der Vordredner habe durch seine Ausführungen eigentlich die Notwendigkeit der Zensur bargelegt.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter beipflichtet die Erlasse des preussischen Ministers des Innern

und die gestern dazu veröffentlichten Erklärungen. Der heutige Vertreter des Ministers sei in Widerspruch geraten mit dem Vertreter von gestern. Die Regierung müsse das Recht haben, zu jeder Zeit ihre Meinung in der Presse zum Ausdruck zu bringen. Es müsse aber erkennbar sein, daß es sich um eine Regierungsmeinung handle. In der Erklärung von gestern war gesagt, daß es sich um eine innere Angelegenheit Preussens handle. Der Reichstag habe aber an diesen Erlassen ein dringendes Interesse. Früher wurde gesagt, daß die Regierung über den Parteien stehe; damit stehen sich diese Erlasse nicht in Einklang bringen. Die Schaffung eines Apparat, der offizielle Kandidaturen ergebe, könne der Redner und seine Partei nicht billigen; sie stimmen dem nationalliberalen Antrag zu. Auch dieser Redner führt Einzelsfälle über das Einschreiten der Zensur an und erklärt, es sei nicht mehr bloß Zensur, sondern

Zwangskorrektur, wenn man die Presse zwingt, bestimmte Artikel abzuabdrucken. Derartige lasse sich auch nicht aus dem Gesetz von 1851 rechtfertigen und sei einfach ungesetzlich. Die Uniformität der Presse mache den Eindruck, als ob sie überhaupt nichts Selbständiges mehr bräuge. Die Zensur verbiete einmal, was sie ein andermal erlaube, mehr Gleichmäßigkeit wäre wünschenswert. Der Redner begründet folgende Resolution: den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß lebensfähige Fragen der inneren Politik und

der Handelspolitik der Pressezensur nicht unterworfen werden.

Schließlich wendet sich der Redner noch gegen die Angriffe eines besonders auf zensurpolitischem Gebiet bekannten Schriftstellers auf den Reichstag und erklärt es für wünschenswert, daß solche Freisäußerungen unterdrückt würden, die im Auslande ungläublich schaden.

Darauf vertrage der Ausschuß die Weiterberedung auf Mittwoch vormittag.

## Deutsches Reich.

### Kommt die Wahlrechtsänderung?

Zu den Gerichten, daß in der Thronrede zur bevorstehenden Eröffnung des Preussischen Landtages ein Hinweis auf die Änderung des preussischen Wahlrechtes enthalten sein werde, schreibt jetzt die „Kreuzzeitung“:

So unwahrscheinlich es sich eine solche Nachricht uns in der jetzigen Zeit aus sachlichen Gründen erschiene war, hatten wir sie aus bestimmten Gründen nun doch für möglich gehalten, wollen aber das Ergebnis der nächsten Tage abwarten, ehe wir sachlich der Angelegenheit näher treten.

Die „Köln. Ztg.“ bringt ein Berliner Telegramm, wonach in der Thronrede Grundsätze enthalten sind, was nach Beendigung des Krieges zugunsten der Verbesserung der parlamentarischen Mitarbeit der Bevölkerung geändert werden muß.

### Der König wird den preussischen Landtag eröffnen

c. B. Köln, 12. Januar. Aus Berlin läßt sich die „Köln. Ztg.“ drösten: Die Landtagseröffnung erhält besondere Bedeutung dadurch, daß der König selber zur preussischen Volkseröffnung treten wird. Bei der Bedeutung des preussischen Landtages und im Hinblick auf die Zettelergebnisse darf es als ausgeschlossen gelten, daß die Thronrede sich auf rein geschichtsmäßige Angaben beschränken wird. Wohl wir im Kriege leben und Sold und Regierung gemeinsam so Schweres durchleben und so Großes geleistet haben, darf man erwarten, daß grundständig verhandelt wird, was nach dem Kriege ananthen einer verbesserten parlamentarischen Mitarbeit der Bevölkerung geändert werden muß.

### Der Arbeitsplan des Reichstages.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstag auf die Besprechung der Volksernährungsfragen und der Fragen des Belagerungszustandes und der Handhabung der Zensur noch mehrere Tage verwenden. Man nimmt an, daß die Tagung sich noch bis Mitte nächster Woche hinziehen wird. Allerdings sind auch Beratungen im Gange, die Tagung schon Ende dieser Woche zum Abschluß zu bringen. Der Reichstag würde sich dann bis zum 14. März vertragen.

## Letzte Depeschen.

### Griechenland fordert das Ende der Blockade seines Küstengebietes.

WTB. Budapest, 12. Januar. Aus Sofia wird dem „U. G.“ gemeldet: Die griechische Regierung habe gefordert, daß der Blockade des griechischen Küstengebietes ein Ende gesetzt werde. Dasselbe Blatt meldet aus Sofia eine Neuierung des Finanzministers Tontschow, welcher hervorhebt, daß das Verhältnis zwischen Bulgarien und Griechenland sehr gut sei. Griechenland werde bis zum Ende neutral bleiben. Auch das Verhältnis zu Rumänien sei sehr gut.

WTB. Berlin, 12. Januar. Vormittagsziehung des Preussisch-Süddeutschen Klassenlotteries: 3000 Mark auf Nr. 65 726 und 3000 Mark auf Nr. 152 354.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dage; für den kulturellen Teil: für Programmnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Unterhaltung, Vermischtes usw.: S. G. Seagräbe; für Unterhaltung, Blatt und Reise Nachrichten: Hans Katonen; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Sende. Sämtlich in Halle a. S.



## Trinkt Bionor

wo es gilt, dem Körper rasch die verminderte Lebensenergie auf den besten Wege wieder herzustellen, zu ersetzen, hierdurch den Kreislauf aufzuhalten und zur raschen Genesung beizutragen. Unbedenklicher, billigerer Ersatz für die Preisangabe Mk. 3,50 in Apotheken, Drogerien

# Auffallend preiswerte Angebote

bringen wir in allen Abteilungen zum Verkauf.

Geschäftshaus

# J. LEWIN

Halle a. d. S., Marktplatz 2 u. 3.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

